

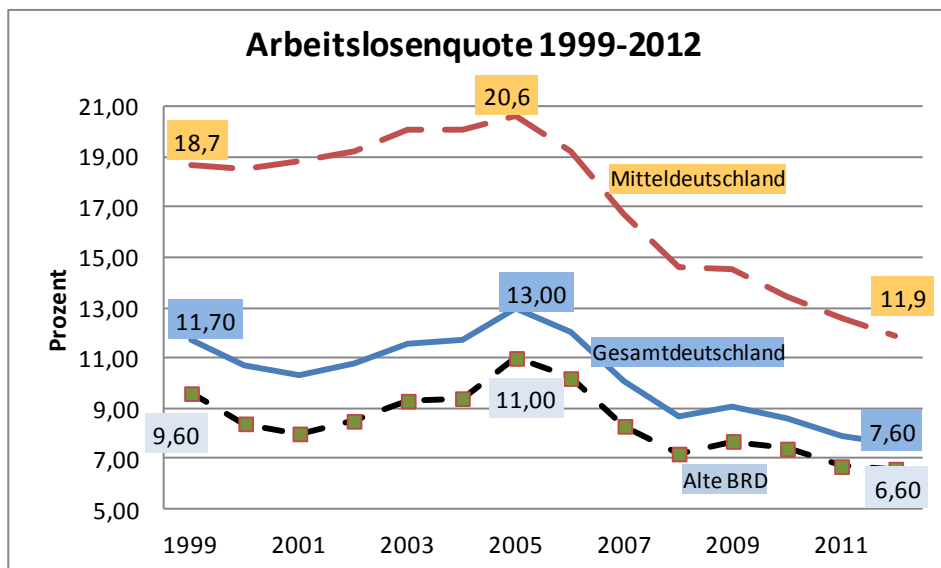
9 Der Euro entlarvt Deutschlands Eliten, Teil 9

Zuerst rechneten sie uns vor, daß der Euro die Lebenshaltung nicht verteuert habe, jetzt behaupten sie, die Deutschen seien die größten Profiteure des Euro.

9.1 Steigende Exporte haben die Deutschen arm gemacht

Die Selbstsicherheit, mit der die deutschen Politiker diese Behauptung verbreiteten und ständig wiederholten, haben die anfänglichen Zweifel der Bürger am Euro zerstreut. Als die Europäische Zentralbank (EZB) im April 2013 ihre lange zurückgehaltene Untersuchung veröffentlichte, wonach die deutschen Haushalte das niedrigste Nettovermögen aller Euro-Länder haben⁹⁰, hat sie das nur kurz verunsichert. Als Kanzlerin Merkel bemängelte, daß die EZB-Studie die hohen Rentenansprüche der Deutschen nicht berücksichtige, weshalb ihr Vermögen in Wirklichkeit weit höher zu veranschlagen sei, hat sie sich zwar unsterblich blamiert, denn die Experten wiesen ihr nach, daß die anderen Europäer auch höhere Renten⁹¹ erhielten, doch auch dieser Lapsus vermochte nicht, den Deutschen die einmal eingetrichterten Illusionen zu nehmen. Sie wännen sich noch immer reich und glauben noch immer, daß sie vom Euro am meisten profitiert hätten. Fassen wir noch einmal zusammen, welche Argumente sie für diesen unerschütterlichen Glauben haben!

Im Prinzip gibt es nur zwei, die aber miteinander verwoben sind: Der Euro hat die (ohne schon vorhandenen) Exportüberschüsse Deutschlands noch weiter ansteigen lassen, weshalb er angeblich Arbeitsplätze geschaffen und sie reich gemacht habe. Sie scheinen gar nicht gemerkt zu haben, daß die Arbeitslosigkeit nach Einführung des Euro noch nie dagewesene Rekordzahlen erreichte – nicht nur in Mitteldeutschland! Sie vergessen oder verdrängen, daß SPD-Kanzler Gerhard Schröder von heute auf morgen die Hartz IV-Regelungen „aus dem Ärmel schütteln“ mußte, um die anschwellende Arbeitslosigkeit noch verwalten zu können. Die katastrophale Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland nach Einführung des Euro zeigt die nachstehende Graphik⁹²:

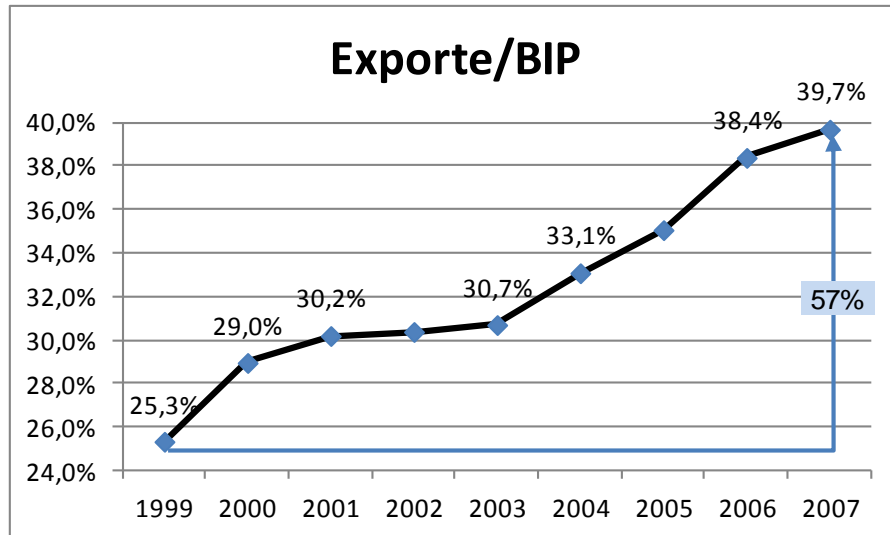


⁹⁰ F.A.Z., Mittwoch, den 10.04.2013 Wirtschaft 9.

⁹¹ F.A.Z., Freitag, den 26.04.2013 Wirtschaft 13.

⁹² Zahlen des Bundesamtes für Statistik,
<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Arbeitsmarkt/lrab003.htm>

Im Jahr 2005 erreichte die Arbeitslosigkeit in Deutschland ihren Scheitelpunkt. Und das geschah trotz der ständig steigenden Exporte und Exportüberschüsse. Sie haben weder die Arbeitslosigkeit verhindert, noch haben sie die Deutschen reich gemacht. Wie es angesichts dieser Fakten den Medien und der Politik gelingen konnte, die Deutschen reich zu reden, grenzt an ein Wunder. Wie stark die Exportquote gerade in der Zeit gestiegen ist, als die Arbeitslosigkeit in Deutschland ihre höchsten Rekorde erreichte, zeigt die nachstehende Graphik.



Von 1999 bis 2007 erhöhte sich die Exportquote von 25,3 Prozent auf 39,7 Prozent, also um 57 Prozent, während gleichzeitig die Arbeitslosigkeit in Gesamtdeutschland von 11,7 auf 13 Prozent anstieg. Das heißt aber, daß mit den steigenden Exporten auch die Arbeitslosigkeit angestiegen ist! Diese tatsächliche Entwicklung widerlegt die (scheinbar so plausible) Behauptung, daß steigende Exporte Arbeitsplätze schaffen und den Wohlstand erhöhen. Diese Fakten haben weder die Politiker noch die Renditemaximierer des Globalkapitals daran gehindert, ihr Lügenmärchen auch dann noch weiter zu verbreiten, als die Arbeitslosigkeit in Deutschland (2005) alle bisherigen Rekorde gebrochen hatte. Sie tun es noch heute. Hans-Werner Sinn, der in Deutschland wohl bekannteste Volkswirt, hat das Phänomen „Arbeitslosigkeit trotz steigender Exportquoten“ zum Anlaß genommen, die Entwicklung einer eingehenden Analyse unter dem Titel⁹³ „Die Basar – Ökonomie“ zu unterziehen. Er ermittelte, daß der Anstieg der Exportquote unter den Bedingungen des Globalkapitalismus die Ursache für den massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit war: Die Exportindustrie hatte ihre steigenden Umsätze dadurch erzielt, daß sie die Vorprodukte nicht mehr im Inland, sondern im Billiglohn-Ausland einkaufte, wodurch insbesondere die gering qualifizierten Arbeitskräfte ihre Arbeitsplätze in Deutschland verloren. Heute ist er gegen die Euro-Rettung und gibt freimütig zu, „*ich war ein Dummkopf als ich damals (in den 90iger Jahren), die Euro-Einführung unterstützte*“⁹⁴. Er fordert zwar den Austritt der nicht wettbewerbsfähigen Euro-Länder aus dem Euro, lehnt aber die Wiedereinführung der DM für Deutschland ab. Er beklagt, daß die Politik in Deutschland beratungsresistent sei. Er hätte treffender gesagt, daß sie und eine erhebliche Zahl seiner Fakultäts-Kollegen ideologisch erblindet, politisch hörig und faktenresistent ist.

⁹³ Erste Auflage, Ullstein-Verlag, 2007.

⁹⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.06.2013, Seite 13.

9.2 Die Krise rückt die Verhältnisse wieder zurecht

Seit Beginn der Weltwirtschaftskrise im Jahr 2007 hat sich allerdings gezeigt, daß die von EU und Euro entfachte Blüte ein Scheinblüte war. Insbesondere die Euro-Länder hatten die niedrigen Zinsen und die günstigen Importpreise (infolge des für sie relativ hohen Euro-Kurses) dazu genutzt, ihren Lebensstandard beträchtlich zu steigern. Finanziert hatten sie ihre steigenden Konsum-, Investitions- und Staatsausgaben mit Krediten, die sie nach Ausbruch der Krise nicht mehr bezahlen konnten.

Die wirtschaftliche Entwicklung vor und nach Beginn der Krise zeigt beispielhaft die nachstehende Tabelle⁹⁵ der wichtigen Euro-Länder.

Wachst. %	Σ 1999-2007	Σ 2008-2012	
Deutschland	19,7%	8,9%	In den 8 Jahren nach Einführung des Euro wuchs die irische Wirtschaft fast viermal so stark wie die deutsche, die griechische und spanische rund dreimal so stark.
Irland	77,1%	-14,3%	
Griechenland	54,4%	-12,9%	Den Einbruch des Wirtschaftswachstums in den Jahren 2008-2012 zeigt die zweite Zahlen-spalte.
Spanien	62,0%	-0,1%	
Frankreich	32,9%	7,7%	
Italien	32,2%	0,9%	
Portugal	36,4%	-1,6%	

Auch die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen verschafft einen guten Eindruck von dem Knick, den die wirtschaftliche Entwicklung der Euro-Länder erlitt.

ArbLoQuote	1999	2006	Änderung	
Deutschland	8,6	10,3	1,7	In den jetzigen Krisenländern ist die Arbeitslosenquote deutlich gesunken, allein in Deutschland ist die Quote angestiegen. Im Jahr 2005 hatte sie sogar 11,3 Prozent erreicht.
GrieLand	12,0	8,9	-3,1	
Spanien	13,2	8,5	-4,7	
Italien	10,9	6,8	-4,1	

Mit der Krise kehrte sich die Entwicklung um, wie die nachstehende Tabelle beispielhaft für vier Euro-Länder zeigt:

ArbLoQuote	2007	2012	Änderung	
Deutschland	8,7	5,5	-3,2	Während in Deutschland die Arbeitslosenquote auf 5,5 Prozent sank, stieg sie in Griechenland und Spanien auf rund 25 Prozent an.
GrieLand	8,3	24,3	16	
Spanien	8,3	25	16,7	
Italien	6,1	10,7	4,6	

Die Arbeitslosenquote zeigt die Produktivität einer Volkswirtschaft im Vergleich zu den anderen, mit ihr im Wettbewerb stehenden Volkswirtschaften an. Und sie ist die eigentliche Ursache des Euro-Debakels: Die heute zahlungsunfähigen und unproduktiven Euro-Länder haben die ersten Jahre, als Zinsen und Importe für sie unvergleichbar günstiger geworden waren, nicht genutzt, ihre Infrastruktur zu verbessern, sie haben statt dessen ihren Lebensstandard erhöht. Sie müßten Konkurs anmelden oder aus dem Euro ausscheiden. Beides wollen sie nicht, denn sie wollen die Vorteile des Euro nicht mehr missen. Die Möglichkeit, ihre Produktionskosten durch Abwertung zu senken, haben sie nicht mehr. Konkurrenzfähig können sie nur durch Senkung ihrer Produktionskosten werden. Da diese Kosten zum wesentlichen Teil auch Einkommen sind, müßten die Einkommen

⁹⁵ Zahlen aus: EuroStat, BIP und Hauptkomponenten - Jeweilige Preise [nama_gdp_c].

erheblich (in den einzelnen Euro-Ländern unterschiedlich hoch) gesenkt werden. Genau das ist das Kernproblem, warum die Euro-Rettung ökonomisch und politisch nicht funktionieren kann.

9.3 Quo vadis?

Als im Jahr 1951 die Montanunion aus der Taufe gehoben wurde, war das Motiv ihres geistigen Vaters, des französischen Außenministers Robert Schuman, zollfreien Zugang zur deutschen Schwerindustrie zu erhalten. Seine Überlegung war ganz einfach: Wenn die Deutschen zu ihren damals niedrigen Arbeitskosten und zollfrei über 10 oder 20 Jahre lieferten, kam das wesentlich billiger als die Demontage, der Wiederaufbau, Einarbeitung und Produktion unter eigener Regie. Das einmal gefundene Erfolgsmodell wurde über die EWG zur EU und endlich in der Euro-Union fortgesetzt. Allen gemeinsam war, daß die Deutschen in die „Gemeinschaft“ weit mehr einzahlten als sie herausbekamen. Trotz aller „Fußfesseln“ arbeiteten sie sich in kurzer Zeit wieder zur ersten Wirtschaftsmacht in Europa empor. Als dann auch noch die Wiedervereinigung nicht mehr zu verhindern war, da schien den „politischen Freunden“ in Europa und der Westlichen Wertegemeinschaft eine gemeinsame Währung – der Euro – der geeignete Weg, noch mehr deutsche Wirtschaftskraft auf die „eigenen Mühlen“ umzulenken.

Das „Unternehmen“ hatte nur so lange Erfolg, bis die Weltfinanz- und -Wirtschaftskrise das Strohfeuer des Wirtschaftsaufschwungs in den Euro-Ländern aufdeckte. Doch jetzt waren wieder die Deutschen gefordert. Diesmal, um die zahlungsunfähigen Staaten und ihre Volkswirtschaften vor dem Bankrott zu retten. Diese Rettungsanstrengungen, seien es die Rettungsschirme für die Euro-Staaten, die Aufkäufe der Staatsschulden durch die EZB, ihre Target- und Notkredite zur Wirtschafts- und Bankenrettung, sowie die Niedrigzinspolitik, waren nur insofern erfolgreich, als sie einen Finanzcrash verhindern konnten. An der Ursache des Übels haben die Rettungen nichts geändert: die Produktivitäten der Euro-Volkswirtschaften haben sich weiter auseinander entwickelt. Arbeitslosigkeit und Leistungsbilanzdefizite, Staats- und Privatverschuldung sind weiter gestiegen.

Die neurotischen Euro-Retter, die sich selbst Europa-Retter nennen, scheren sich daran nicht, sie gewähren laufend weitere Kredite und schrauben die Haftungssummen auf immer neue Rekord-Höhen. Politik und Finanzindustrie ziehen an einem Strang. Haften müssen die Steuerzahler und davon stellen die Deutschen die meisten. Auch pro Kopf haben sie das mit Abstand größte Haftungsrisiko zu tragen. Hätte man im Mai 2010 nicht mit der Rettung Griechenlands begonnen und danach Irland, Portugal und Spanien gerettet, wären diese Länder aus dem Euro ausgeschieden. Aber die Retter haben lieber ihre eigenen Verträge (Verbot der Haftungsübernahme – no bail out Prinzip) gebrochen und die Haftung ihren Bürgern aufgehalst, als das Euro-Abenteuer beendet.

Die Politiker haben den Euro zum Friedensprojekt erhoben, das den Europäern angeblich ewigen Frieden bescheren wird, und sie negieren die Tatsache, daß die Zerstrittenheit der Europäer seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so groß wie heute war und stetig weiter zunimmt. Den anderen (der Finanzindustrie) kommt die Rettung deshalb gelegen, weil sie auf diese Weise die eigene Haftung den Steuerzahlern aufbürden können. Und den „Europa-Rettern“ wächst mit jeder weiteren Rettung ein weiteres Argument zu: Jetzt behaupten sie, der Schaden eines Euro-Austritts wäre heute schon größer als weitere Rettungsversuche!

Dabei haben sie mit ihren Rettungen dafür gesorgt, daß die Steuerzahler überhaupt erst in Haftung genommen werden können. Genau umgekehrt wird die Argumentation logisch:

Wären die überschuldeten und durch den Euro unproduktiv gewordenen Länder rechtzeitig aus dem Euro ausgeschieden, bestünde heute gar keine Haftung für die übrigen Euro-Länder, wie es die Euro – Verträge ursprünglich auch vorsehen. Die Not, in der die europäischen Volkswirtschaften heute stecken, verdanken sie in erster Linie dem Euro. Der war das Faible ihrer Politiker. Auch dies läßt sich mit Fakten belegen:

- (1) In Zahlungsnot geraten sind nur die Euro-Länder!
- (2) Ihr Einbruch des Volkseinkommens und ihre Arbeitslosenzahlen sind höher als die der Nicht-Euro-Länder in Europa.
- (3) Typische Beispiele sind England, Dänemark, Schweden, Polen und die Tschechei.

Wer dies leugnet, ist faktenresistent. Und wer Fakten leugnet, ist ein Lügner.

www.hpatzak.de

08.06.2013